

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Nietan, Uta Zapf, Josip Juratovic,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/9744 –**

Für eine ehrliche und faire europäische Perspektive der Staaten des westlichen Balkans

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion ist der Ansicht, dass die EU-Beitrittsperspektive, insbesondere für Kroatien und Serbien, in den Ländern des westlichen Balkans einerseits eine positive Dynamik in Gang gesetzt hat, die mit Montenegro fortgeführt werden sollte. Andererseits habe die gesamte Region, insbesondere in Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und dem Kosovo, eine Reihe von Herausforderungen zu meistern, wie z. B. bilaterale und ethnische Konflikte, Nationalismus, Korruption, Kriminalität sowie wirtschaftliche und soziale Probleme. Neben akuter Hilfe, wie z. B. durch den Regionalen Kooperationsrat, seien daher stabile Rahmenbedingungen und eine klare Beitrittsperspektive notwendig. Im Rahmen der Kopenhagener Kriterien habe jedes beitriftswillige Land das Recht auf faire Verhandlungen. Neben der Beilegung regionaler Konflikte und der Anerkennung bestehender Grenzen müssten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Wahrung der Menschenrechte, Pressefreiheit und Schutz von Minderheiten Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft sein.

Unter anderem begrüßt die Antrag stellende Fraktion, dass die dänische Ratspräsidentschaft sich zu einer glaubwürdigen EU-Erweiterungspolitik bekenne, dass die Kommission nunmehr die Verhandlungskapitel 23 und 24 voranstelle. Daneben begrüßt sie den Zwischenbericht der EU-Kommission zum Beitritt Kroatiens zur EU und die Entschließung des Europaparlaments zu Serbien, Montenegro und dem Kosovo.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, alle nötigen Schritte zu unternehmen. Insbesondere solle sie die Zusage des EU-Gipfels von Thessaloniki einhalten und die westlichen Balkanstaaten bei Reformen, dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilisierung unterstützen. Sie solle sich dafür einsetzen, dass die EU künftig über das Kapitel 23 „Judikative und Grundrechte“ bereits vor offiziellen Beitrittsverhandlungen verhandelt. Zudem solle sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der EU-Beitritt Kroatiens zügig ratifiziert, die Verhandlungen mit Serbien bald ermöglicht und mit Montenegro umgehend eröffnet werden.

Außerdem solle sie sich für die Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Mitgliedstaaten, für vertragliche Beziehungen zwischen EU mit dem Kosovo und für dessen Mitgliedschaft in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung einsetzen. Schließlich solle sie prüfen, inwieweit Mazedonien nunmehr in NATO und EU integriert werden könne sowie sicherstellen, dass der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina seine Arbeit fortführen könne.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9744 abzulehnen.

Berlin, den 17. Oktober 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Peter Beyer
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Peter Beyer, Dr. Rolf Mützenich, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/9744** in seiner 187. Sitzung am 28. Juni 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion ist der Ansicht, dass die EU-Beitrittsperspektive, insbesondere für Kroatien und Serbien, in den Ländern des westlichen Balkans einerseits eine positive Dynamik in Gang gesetzt hat, die mit Montenegro fortgeführt werden sollte. Andererseits habe die gesamte Region, insbesondere in Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Albanien und dem Kosovo, eine Reihe von Herausforderungen zu meistern, wie z. B. bilaterale und ethnische Konflikte, Nationalismus, Korruption, Kriminalität sowie wirtschaftliche und soziale Probleme. Neben akuter Hilfe, wie z. B. durch den Regionalen Kooperationsrat, seien daher stabile Rahmenbedingungen und eine klare Beitrittsperspektive notwendig. Im Rahmen der Kopenhagener Kriterien habe jedes beitriftswillige Land das Recht auf faire Verhandlungen. Neben der Beilegung regionaler Konflikte und der Anerkennung bestehender Grenzen müssten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz, Wahrung der Menschenrechte, Pressefreiheit und Schutz von Minderheiten Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft sein.

Unter anderem begrüßt die Antrag stellende Fraktion, dass die dänische Ratspräsidentschaft sich zu einer glaubwürdigen EU-Erweiterungspolitik bekenne, dass die Kommission nunmehr die Verhandlungskapitel 23 und 24 voranstelle. Daneben begrüßt sie den Zwischenbericht der EU-Kommission zum Beitritt Kroatiens zur EU und die Entschließung des Europaparlaments zu Serbien, Montenegro und dem Kosovo.

Die Antrag stellende Fraktion fordert die Bundesregierung auf, alle nötigen Schritte zu unternehmen. Insbesondere solle

sie die Zusage des EU-Gipfels von Thessaloniki einhalten und die westlichen Balkanstaaten bei Reformen, dem Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilisierung unterstützen. Sie solle sich dafür einsetzen, dass die EU künftig über das Kapitel 23 „Judikative und Grundrechte“ bereits vor offiziellen Beitrittsverhandlungen verhandelt. Zudem solle sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der EU-Beitritt Kroatiens zügig ratifiziert, die Verhandlungen mit Serbien bald ermöglicht und mit Montenegro umgehend eröffnet werden. Außerdem solle sie sich für die Anerkennung des Kosovo durch alle EU-Mitgliedstaaten, für vertragliche Beziehungen zwischen EU mit dem Kosovo und für dessen Mitgliedschaft in der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung einsetzen. Schließlich solle sie prüfen, inwieweit Mazedonien nunmehr in NATO und EU integriert werden könne sowie sicherstellen, dass der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina seine Arbeit fortführen könne.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/9744 in seiner 73. Sitzung am 17. Oktober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9744 in seiner 65. Sitzung am 17. Oktober 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 17. Oktober 2012

Peter Beyer
Berichtersteller

Dr. Rolf Mützenich
Berichtersteller

Marina Schuster
Berichtersterlerin

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichtersterlerin